

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

zu:

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Ausbildungsduldung integrations- und wirtschaftsfreundlich ausgestalten - Drucksache 6/10670 vom 26.02.2019 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Kommunales - Drucksache 6/11575

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Während des Asylverfahrens verfügen Geflüchtete nur über eine Aufenthaltsgestattung. Sie können aber eine Ausbildung beginnen, sofern sie eine Beschäftigungserlaubnis besitzen. Wird der Asylantrag positiv beschieden, erhalten sie eine Aufenthaltserlaubnis. Dann können sie ihre Ausbildung unproblematisch fortsetzen oder eine Ausbildung aufnehmen.

Für den Fall einer Ablehnung des Asylantrags gilt die sogenannte 3+2-Regelung, die im August 2016 auf Bundesebene durch das Integrationsgesetz eingeführt wurde. Denn es wurde auch § 60a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) zur Duldung auf Grund einer Ausbildung angepasst. Danach erhält die ausreisepflichtige Person eine Duldung, um die begonnene qualifizierte Berufsausbildung zu beenden oder aufzunehmen. Anschließend wird eine Aufenthaltserlaubnis für zunächst zwei weitere Jahre bei Aufnahme einer Erwerbstätigkeit in dem erlernten Beruf erteilt. Damit wurde integrationswilligen jungen Menschen eine aufenthaltsrechtliche Perspektive geschaffen.

Diese 3+2-Regelung soll durch eine bundesgesetzliche Regelung (Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung), die bereits vom Bundestag verabschiedet wurde, ausgebaut werden. Darüber hinaus ist eine neue Regelung für die Erteilung von Beschäftigungsduldungen vorgesehen.

Auch für Betriebe und Unternehmen bietet diese Regelung eine Chance für die Gewinnung von dringend benötigten qualifizierten und motivierten Fachkräften. Mit der allgemeinen Weisung des Ministeriums des Inneren und für Kommunales Nr. 1/2019 im Aufenthaltsrecht zur Duldungserteilung nach § 60a Aufenthaltsgesetz vom 22.01.2019 hat die Landesregierung gegenüber den für die Entscheidung zuständigen kommunalen Ausländerbehörden wichtige Handreichungen gegeben, die Auslegungsspielräume integrationsfreundlich zu interpretieren.

Die Ausländerbehörden tragen in diesem Zusammenhang besondere Verantwortung. Möglichst viele Geflüchtete müssen möglichst zeitnah in Arbeit gebracht werden. Denn Beschäftigung ist wichtige Voraussetzung und Bestandteil einer gelingenden Integration. Gleichzeitig sind im Einzelfall bei der Beurteilung, welche Handlungen zur Identitätsklärung und Passbeschaffung von ausreisepflichtigen Personen verlangt werden können, von den Ausländerbehörden verschiedenste Fallkonstellationen zu berücksichtigen und in teils schwierigen Einzelfallentscheidungen zu bewerten. Die bisher dazu vorliegenden Regelungen reichen dazu augenscheinlich nicht immer aus, um eine einheitliche und integrationsfreundliche Rechtsanwendung in Brandenburg zu erreichen.

Der Landtag dankt den Betrieben, den Handwerkskammern, den Industrie- und Handelskammern und den Kommunen für ihr Engagement zur Integration von Geflüchteten in Ausbildung und Arbeit und wird diese Bemühungen auch weiterhin befördern.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

rechtzeitig zum Beginn des diesjährigen Ausbildungsjahres im August unter Berücksichtigung des Stands der bundesweiten Diskussion zum Entwurf für ein Gesetz über die Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung die allgemeine Weisung 2019/1 im Aufenthaltsrecht zur Duldungserteilung zu ergänzen und dahingehend zu konkretisieren, dass bei der Beurteilung zum Vertreten-müssen der fehlenden Identitätsklärung und zur Mitwirkung bei der Passbeschaffung sorgfältige Einzelfallentscheidungen unter Beachtung aller bekannten und für den Geflüchteten sprechenden Umstände getroffen werden sollen.

Die Ergänzung der Weisung soll u.a. umfassen:

- Beispielregelungen, welche Mitwirkung von den Geflüchteten bei der Identitätsklärung erwartet werden kann, um die entsprechenden Voraussetzungen zur Erteilung einer Ausbildungsduldung zu erfüllen, wie zum Beispiel Botschaftsvorsprachen mit identitätsklärenden Urkunden oder der Beauftragung eines vor Ort tätigen Vertrauensanwaltes. Diese geleisteten Mitwirkungsbemühungen können auch von Dritten bezeugt werden, um die Glaubhaftigkeit zu erhöhen;
- einen Hinweis darauf, dass die Stellungnahme des Ausbildungsbetriebes bei der Entscheidung der Frage, ob die Mitwirkungspflicht zur Identitätsklärung und Passbeschaffung hinreichend erfüllt wurde, einbezogen wird;

- einen Hinweis, der klarstellt, dass konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung, die nach der Beantragung der Ausbildungsduldung eingeleitet werden, der Erteilung der Duldung nicht entgegenstehen (vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 22.11.2016 - 12 S 61.16). So soll eine bereits begonnene, aber noch nicht fortgeschrittene Passersatzbeschaffung durch die Ausländerbehörde allein nicht hinreichend sein, um eine Ausbildungsduldung aufgrund bereits begonnener Maßnahmen zur Durchsetzung der Ausreisepflicht zu versagen, wenn der Ausländer zuvor seiner Mitwirkungspflicht hinreichend nachgekommen ist;
- den Hinweis, dass bei der Entscheidung der Ausländerbehörden zur Erteilung von Ermessensduldungen für die Fortführung von im Gestattungsstatus begonnenen Ausbildungen, für Helferausbildungen und Einstiegsqualifizierungen auch Integrationsleistungen wohlwollend berücksichtigt werden sollen.

Weiter soll die Landesregierung darauf hinwirken, dass die Jugendämter ihre Verantwortung bei der Identitätsklärung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten wahrnehmen und bei Fallkonferenzen zu unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten die Ausländerbehörden entsprechend beteiligen.